

Editorial
Wort des Vorsitzenden
Pensionsbeiträge
Preisdeckel
Bargeld
Papa-Monat
Verteuerung
Parkgebühr
Tourismuszonen
Der Glaube
Konflikt mit EU
Zypern
Luxemburg
Gewerkschaftsarbeit
Christliche Soziallehre

Foto pixabay/Ilona Ilyés



Editorial



Werte Leserin!
Werter Leser!

Jedes Jahr in der Silvesternacht schauen unzählige Menschen gebannt auf die Uhr, um ja den Augenblick nicht zu versäumen, wenn der Zeiger auf 24:00 Uhr springt. Im selben Augenblick

knallen die Sektpropfen und das große Glückwünschen geht reihum. Ob die Glückwünsche auch in Erfüllung gehen, darüber entscheiden die vielen Augenblicke des folgenden Jahres. Aus Erfahrung wissen wir, wie schnell Glück zerbrechen kann, das in Erfolg, Gesundheit, Erhalt des Arbeitsplatzes, oder in einer gelungenen Partnerbeziehung gesucht und gefunden wird: Aus Erfolg kann über Nacht Misserfolg werden, Gesundheit kann durch eine plötzliche Krankheit getrübt oder zerstört werden, der Arbeitsplatz kann überraschend wegrationalisiert werden, Partnerschaften gehen durch Enttäuschungen in Brüche.

In solchen Situationen wird es wichtig zu verstehen, dass nicht nur die Augenblicke scheinbaren Glückes kostbar sind, sondern dass jeder Augenblick ein Geschenk ist – auch der Augenblick des Schmerzes und der Enttäuschung, der mich tiefer blicken lässt, was im Leben eigentlich zählt und was Bestand hat. Was bleibt, ist die Zeit.

Für viele Menschen ist bereits am Neujahrstag das Jahr verplant. Ein Lebensstil, bei dem man viel verpasst, da man für nichts Zeit hat. Ein anderes Extrem ist es, seine Zeit zu verträdeln, keine Pläne zu machen und keine Ziele anzuvisieren. Auch dann verpasst man viel. Man hat keine Zeit, weil man keine Zeit braucht.

Wir können unsere Zeit planen, sie nutzen oder vergeuden, aber eines können wir nicht: etwas dafür tun, dass wir morgen noch Zeit haben. Die Zeit ist kostbar, da wir nicht wissen, wieviel uns davon noch zur Verfügung steht. Deshalb müssen wir die Zeit gut nützen. Eines ist gewiss: Nur die Gegenwart liegt in unserer Hand. Es gibt keine Sparkassen für die Zeit. Nur jetzt können wir neu beginnen. Nur jetzt können wir leben, als wäre es der letzte Tag, meint Ihre

Ingrid Pöthel

Vorsitzender FCG vida



Wertes

Gewerkschaftsmitglied!

Was war am Anfang? Wieso wurde alles so, wie es kam? Ist alles einfach zufällig entstanden? Diese Fragen stellen sich nicht täglich. Der Alltag beschäftigt uns meist zu sehr. Die Weihnachtstage laden aber dazu ein, darüber nachzudenken. Der Prolog des Johannesevangeliums lädt zur Besinnung. Er beginnt mit einer gewaltigen Aussage: „Im Anfang war das Wort.“ Im griechischen Originaltext heißt es: „Im Anfang war der Logos.“ Logos bedeutet Wort, aber auch Sinn. Wir können daher übersetzen: „Im Anfang war der Sinn.“

Warum gibt es dann in der Welt so viel Sinnloses? Woher kommen all die dunklen Seiten, Hass und Streit, Krieg und Mord, Lieblosigkeit und sinnlose Zerstörung?

Gerade in der Weihnachtszeit ist dieser Widerspruch besonders schmerzlich zu erfahren. Das Dunkel in der Welt hat auch damit zu tun, dass wir Menschen selbst die Welt manchmal finster machen. Wie viel Streit geht oft auf unsere Rechnung. Wie oft ist es Lieblosigkeit den Mitmenschen gegenüber!

Mit welcher Haltung kommen wir also durch die kommende, nicht ganz leichte Zeit?

In einem Interview meinte der Benediktinerpater Anselm Grün dazu: „Einmal mit Solidarität den Mitmenschen gegenüber. Und zum Zweiten: Mit der Hoffnung, dass wir genügend Kreativität haben, dass wir aktiv durch diese Krise kommen und ein neues Miteinander lernen. Gerade mitten in dieser Unsicherheit. Und wir brauchen die Bereitschaft, uns auf Wandel einzulassen. Wenn wir Krisen auch als Chance begreifen und aktiv als Herausforderung sehen, bekommen diese auf einmal eine andere, neue Qualität.“

Kaspar Friedrich Nachtenhöfer, ein evangelisch-lutherischer Pfarrer sagte: „Das Kind, dem alle Engel dienen, bringt Licht in meine Dunkelheit.“ Ich wünsche dir, dass dieses Licht beim bevorstehenden Weihnachtsfest für dich leuchtet.

KR Christian Gruber

Bundvorsitzender der FCG vida

Pensionsbeiträge für Arbeit im Alter ersatzlos streichen!



Der Wirtschaftsbund fordert Arbeitsmarktreformen, damit ältere Arbeitnehmer:innen länger im Erwerbsleben bleiben können. Mit dieser Forderung hat man kürzlich auf den eklatanten Arbeitskräftemangel reagiert. Mit der Forderung ist man mit jenen der Gewerkschafter:innen in der FCG und mit den Vertreter:innen des Seniorenbundes fast einig – man hat dabei aber auf ein Detail vergessen. „Dass ältere Menschen, die arbeiten gehen, trotz Bezug einer ASVG-Alterspension weiterhin Pensionsbeiträge zahlen müssen, muss endlich abgeschafft werden“, meint die Seniorenbund-Präsidentin Ingrid Korosec.

Doppelt einzahlen

Übersteigt das Zusatzeinkommen der Senior:innen einen gewissen Betrag, müssen sie sogar zweimal Krankenversicherung und die Pensionsbeiträge zahlen. Fritz Pörtl, FCG vida Bundesgeschäftsführer: „Das ist nicht nur ungerecht, das ist Raubrittertum.“

Lächerliche Erhöhung

Die Betroffenen können ja nicht zweimal gleichzeitig krank werden und auch nicht zweimal in den Krankenstand gehen. Dass sich die Pension durch die Zweimalzahlung erhöht, ist zwar wahr, aber eine absolute Heuchelei der Sozialversicherung. Wer nämlich als 70-Jähriger immer noch die Höchstbeitragsgrundlage zahlt, bekommt lächerliche 5,24 Euro mehr Pension! Fritz Pörtl kritisiert: „Wenn die Menschen länger arbeiten sollen, darf man sie doch nicht bestrafen!“

Preisdeckel auch für Non-Profit-Organisationen

„Mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Strompreisdeckel wird der Bevölkerung endlich wirksam unter die Arme gegriffen und die Steigerungen der Stromkosten auf ein erträgliches Maß gedämpft“, lobt Christian Gruber, FCG vida Bundesvorsitzender, die jüngst verkündete Maßnahme. Konkret werde der Strompreis bis zu einem Verbrauch von 2.900 Kilowattstunden bis Mitte 2024 vom Bund bis auf netto 10 Cent pro Kilowattstunde reduziert.

Gruber: „Das sichert den Haushalten jedenfalls ihre Existenz, auch wenn da unbedingt noch weitere Maßnahmen bei anderen Energieträgern und bei Organisationen wie Caritas und Hilfswerk noch folgen müssen!“

Non-Profit, aber hohe Kosten

Eine der noch ausstehenden Maßnahmen müsse jedenfalls auch die Non-Profit-Organisationen umfassen. Denn nicht nur Haushalte, auch die Caritas und das Hilfswerk würden unter der drastischen Erhöhung der Energiekosten leiden. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Fördergeber diese Mehrkosten allein tragen werden. Firmen mit hohem Energieverbrauch und auch KMU sollen ja vom Staat unterstützt werden. Christian Gruber, FCG vida Bundesvorsitzender, fragt sich in diesem Zusammenhang: „Wo bleibt die Unterstützung des Staates für die Non-Profit-Organisationen und damit für die in Pflegewohnhäusern, Behindertenheimen und Obdachlosenunterkünften wohnenden Menschen? Da ist noch einiges zu tun. Wir werden aber dafür sorgen, dass die betroffenen Menschen bei den Unterstützungsmaßnahmen jedenfalls nicht vergessen werden!“

Bargeld muss erhalten bleiben

Das Volksbegehren „Für uneingeschränkte Bargeldzahlung“ erhielt in der Eintragungswoche 530.938 Unterstützungserklärungen und damit mit Abstand die höchste Zustimmung der sieben Volksbegehren. Dass sich die Österreicher:innen von Scheinen und Münzen nur ungern trennen, hat seine Gründe, wie Fritz Pörtl, FCG vida Bundesgeschäftsführer, zu erklären weiß: „Der Inhalt des Geldbörseles bietet den Menschen Sicherheit und Unabhängigkeit. Man will einerseits kein 'gläserner Konsument' werden, dem die Computer und Algorithmen der Großkonzerne vorschreiben, was und wo er einkaufen muss. Man will sein privates Vermögen, auch wenn es sich gar nicht um große Beträge handelt, so gut wie möglich bewahren!“

Abschaffung geplant

Nach dem eindrucksvollen Ergebnis der Eintragungswoche bemühen sich nun Politiker:innen und Bankenvertreter:innen zu beruhigen. Es sei ja gar nicht an die Abschaffung des Bargeldes gedacht worden, wie man jetzt behauptet. Fritz Pörtl: „Die Kommentare vor der Befragung

zeigen freilich ein anderes Bild!“ Da war etwa von einer EU-Höchstgrenze von 1.000 Euro die Rede oder davon, dass Schweden das Bargeld 2030 abschaffen will und wir leider noch nicht so weit wären (Kurier) und dass Internetkonzerne Kampagnen gegen das Bargeld reiten würden, um ihr Wachstum nicht zu bremsen (Salzburger Nachrichten).

Geldwäsche-Vorwurf

Auch die Erklärung, dass man mit der Beschränkung der Bargeldzahlung nur die Geldwäsche krimineller Organisationen treffen und die Schattenwirtschaft samt Steuerhinterziehungen erschweren wolle, sei eine freche Ausrede. Pöttl: „Die 1,54 Billionen Euro in Banknotenbeständen und 141 Milliarden an Münzbeständen der Österreicher:innen wären ein willkommenes „Körbergeld“ für Banken und Kreditkartenunternehmen, für das sie keine Zinsen zahlen müssten, aber lukrative Kredite verscherbeln könnten!“ Das sei ja auch so gewesen, als die Gehaltskonten eingeführt worden sind. Damals hätten Banken versprochen, für Gehalts- und Pensionskonten keine Gebühren zu verlangen. Pöttl: „Ein Blick auf die heutigen Bankspesen genügt, um das falsche Versprechen zu entlarven!“

Zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung seien Polizei und Finanzbehörden zuständig und nicht ein frecher Griff in die Sparschweine und Geldbörsen der Arbeitnehmer:innen.

Papa-Monat künftig für Väter attraktiver!



Mit der Geburt eines Kindes können Väter einen Familienzeitbonus, also den Papa-Monat nutzen, um mehr Zeit mit dem Kind verbringen zu können. Bisher bekamen Väter, die den Papa-Monat genutzt haben, 22,60 Euro pro Tag. Ab Jänner 2023 soll dieser mit € 23,78

abgegolten werden. Das ist für einen Vater, der einen Monat (31 Tage) Zeit mit seinem Kind oder seinen Kindern verbringen will, ein Plus von 36,58 Euro. Darüber hinaus soll die Anrechnung des Papa-Monats auf das später bezogene Kinderbetreuungsgeld künftig entfallen. Somit haben Väter, die den Papa-Monat nutzen, bis zu 737,18 Euro mehr in der Tasche! Dies alles wird im Rahmen des Teuerungs-Entlastungspaketes Teil III umgesetzt.

Bisher nur mit Familienbonus abgegolten

„Bisher war der Familienzeitbonus nur ein Vorgriff auf das spätere Familienbetreuungsgeld. Ich freue mich für alle Väter, dass unsere Forderung, den Papa-Monat auch finanziell zu stärken, endlich umgesetzt wird. Väter, die den Papa-Monat nutzen, bekommen ab Jänner 2023 im Monat ca. 730 Euro, die dann nicht vom Familienbetreuungsgeld abgezogen werden“, meint Andreas Gollner, FCG vda Bundesfachgruppensekretär.

Erfolg für die Fraktion

„Dass die Forderung der FCG nun von der Bundesregierung umgesetzt wurde, sehen wir auch als einen besonderen Erfolg für junge Familien. Somit können Väter ihre Zeit mit der Familie mehr genießen“, erklärt Andreas Gollner. Zusätzlich soll auch die Zuverdienstgrenze beim Kindergeld von 16.200 Euro auf 18.000 Euro jährlich erhöht werden.

Künstliche Verteuerung

Sie kam nun doch, die zusätzliche CO₂-Abgabe. Trotz aller Gegenargumente trat sie wie angekündigt mit 1. Oktober in Kraft. Und schon am selben Tag schnellten die Spritpreise nach oben. „An der neuen CO₂-Bepreisung kann der Preissprung eigentlich nicht liegen“, stellte ÖAMTC-Verkehrswissenschaftsexperte Martin Grasslober sogleich fest. „Kraftstoff, der schon vor dem 1. Oktober eingelagert war, wurde von den Tankstellen ja noch ohne den zusätzlichen Aufschlag eingekauft.“

Erinnern wir uns, wie die Einführung der CO₂-Bepreisung (derzeit 30 Euro je Tonne) begründet worden war: Die Verteuerung von Benzin und Diesel solle den Menschen bewusst machen, dass der Ausstoß von Treibhausgasen die Verursacher etwas kosten müsse – und in letzter Konsequenz dazu führen, dass weniger gefahren, weniger getankt und weniger CO₂ produziert wird.

Dass schon die Mineralölsteuererhöhung 2011 explizit mit einem CO₂-Zuschlag von 20 Euro je Tonne begründet worden war, hat die Politik offensichtlich vergessen.

Nun gab es ja schon im Sommer einen rasanten Preisanstieg. Gibt es den erwünschten Effekt, müsste er also bereits eingetreten sein, was die Einführung der zusätzlichen Abgabe eigentlich obsolet gemacht hat. Sollte er jedoch nicht eingetreten sein, ist das der beste Beweis, dass Verteuerung diesen Effekt offenbar nicht auszulösen imstande ist.

Wie man es dreht und wendet, die CO₂-Bepreisung ist eine zusätzliche Belastung mit fragwürdiger Wirkung. Der ÖAMTC fordert abermals, im Gegenzug die Mineralölsteuer zumindest im selben Ausmaß zu senken. Auch das amtliche Kilometergeld muss dringend erhöht werden.

aus: Peter Pisecker, Chefredakteur, auto touring, november 2022

Preistreiber Stadt Wien: Parkgebühr steigt um 15 Prozent

Mit der von SP-Finanzstadtrat Peter Hanke verkündeten Anpassung der Parkgebühr wird ein Parkschein ab 1. Jänner 2023 für eine Stunde 2,50 Euro statt 2,20 Euro kosten. Also um stolze 15 Prozent mehr. Also wesentlich mehr, als die Inflation ausgemacht hätte. Das Valorisierungsgesetz des Rathauses sieht dies gesetzlich so vor, verteidigt Hanke seine Entscheidung. Demnach sei der Verbraucherpreisindex für die Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung laut Statistik Austria um 5,9 Prozent angestiegen, der VPI für die Parkmeterabgabe betrug jedoch 12,2 Prozent.

Scharfe Kritik

Fritz Pörtl, FCG vda Bundesgeschäftsführer, kritisiert scharf: „Jetzt werden die Autofahrer:innen wegen der höheren Spritpreise auch noch beim Parken geschröpft! Und kein Wort darüber, dass auch das Kilometergeld um 14 Prozent angehoben werden soll. Also eine reine Geldbeschaffungsaktion des Rathauses!“

Gesetze gebrochen?

Gesetzlich vorgesehen wäre freilich auch, dass in den Pickelbezirken eine Überparkung von Stellplätzen nachgewiesen werden muss, um ein Parkpickerl überhaupt einzuführen. Mit dem flächendeckenden Parkpickerl für ganz Wien hat man diese Grundlage aber einfach übergangen. Seit der letzten Erweiterung in den Außenbezirken ist dies nämlich vielfach

überhaupt nicht mehr der Fall. Besonders in der Zeit zwischen 19:00 und 22:00 Uhr sind die Stellplätze in den Randgebieten von Wien alles andere als ausgelastet. Andreas Gollner, FCG vda Landesvorsitzender Wien: „Die Parkzeiterweiterung bis 22:00 Uhr war seinerzeit nämlich wegen der Theaterbesucher:innen und wegen der Stadtgastronomie in Bezirken innerhalb des Gürtels vorgenommen worden. Ähnlich vergesslich ist die Politik aber auch bei der Zweckbindung!“

Reine Geldbeschaffungsaktion

Waren die Einnahmen früher für den Garagenbau (Volksgaragen) vorgesehen, so hat man die zuletzt über 90 Millionen eingenommenen Parkgebühren in Öffis, in Tempo 30 km/h-Verkehrsschilder gesteckt, sowie in neue Radwege gepumpt. Die Forderung nach einer Reform der derzeit gültigen Kurzparkzonen-Zeiten und Tarife geht mittlerweile quer durch die Parteien.

Tourismuszonen in Wien? Nein, danke!



Bild von Julius Silver auf Pixabay

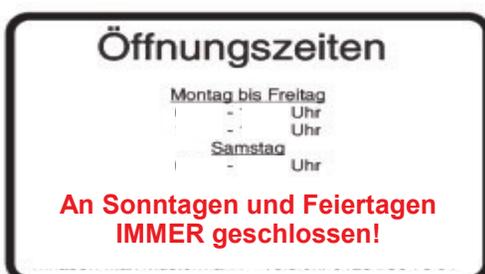
„Bei der derzeitigen hohen Inflationsrate und den Preissteigerungen bei Fernwärme kann die Forderung von Vertreter:innen des Wirtschaftsflügels diverser Parteien zur Einführung von Tourismuszonen und Sonntagsöffnung im Handel in Wien nur ein fatales Ablenkungsmanöver von den tatsächlichen Problemen der Österreicher:innen darstellen“, meint Fritz Pörtl, FCG vda Bundesgeschäftsführer. „Wenn diese Vertreter:innen immer noch nicht kapiert haben, dass die Leute mit weniger Einkommen nicht einmal mehr unter der Woche die Kassen zum Klingeln bringen können, wie soll das dann am Sonntag oder in Tourismuszonen der Stadt der Fall sein?“, so Pörtl.

Vergesslich

„Eine solche Forderung wird um keinen Deut besser, auch wenn man sie noch so oft wiederholt“, so reagiert Andreas Gollner, FCG v-ida Bundesfachgruppensekretär, auf die neuerliche Wortmeldung des Wirtschaftsflügels mehrerer Parteien: „Den Tourist:innen bleibt in Wien Gelegenheiten genug, ihr Geld anzubringen! Alle bisherigen Untersuchungen hätten nämlich gezeigt, dass durch die Sonntagsöffnung weder mehr Arbeitsplätze noch wesentlich höhere Steuereinnahmen zu erzielen wären. Die völlig unzeitgemäße Forderung zu wiederholen, zeigt auch nicht von viel Verständnis für richtiges Wirtschaften.“ Christian Gruber, FCG v-ida Bundesvorsitzender assistiert: „Wenn Menschen kein Geld mehr haben, warum sollen sie dann am Sonntag einkaufen gehen?“ „Wegen der Tourist:innen“, ist die irri-ge Annahme der Lobbyist:innen für Tourismuszonen.

Touristenfalle

Die Gäste kommen seit Jahren auch ohne Sonntagsöffnung nach Wien, vielleicht sogar deshalb, wie aus einer aktuellen Befragung von Wien-Tourismus hervorgeht: 51 Prozent würden sich sogar weniger Souvenir-Geschäfte und weniger Straßenverkäuf-er:innen wünschen. Mehrheitlich werde Sonntagsarbeit sowohl von Arbeitnehmer:innen als auch von Unternehmer:innen im Handel abgelehnt, wie die Initiative „Für einen freien Sonntag“ eindrucksvoll unter Beweis stelle. Fritz Pörtl: „Die Gemeinderät:innen, egal welcher Fraktion, sollten nicht vergessen, dass sie von den Wiener:innen und nicht von den Tour-ist:innen gewählt werden.“ Es sei für die christ-lichen Gewerkschafter:innen einfach nicht nachzuvollziehen, dass man die monetären Interessen internationaler Konzerne den be-rechtigten Ruhe- und Freizeitbedürfnissen der Wiener Familien vorziehe. Da die Tourist:innen im Schnitt ohnehin drei Tage bleiben, würden genügend Möglichkeiten geboten, in Wien auch ohne Sonntagsöffnung einzukaufen. Pörtl: „**Deshalb bleibt für uns der Sonntag auch weiter heilig!**“



Der Glaube, die Welt wäre so einfach

Wenn wir uns wünschen könnten - manche scheinen das sogar ernsthaft zu glauben - dann wäre die Welt sehr simpel.

Der Strom käme einfach aus der Steckdose, kein Gedanke, was die tatsächlichen Quellen sind.

Das Geld, das wächst auf den Bäumen, und wenn es einmal irgendwo Probleme gibt, dann muss der Staat alles lösen.

Bei der Energie hat der Ukraine-Krieg eine Preisexplosion und Versorgungsängste ausgelöst. Dass es dringend eine Energiewende - weg von fossilen hin zu erneuerbaren Energie-quellen - braucht, ist mittlerweile jedem klar. Das nicht mehr „nur“ aus Klimaschutzgründen, sondern weil diese extrem erforderlich ist. Eine Energiewende nach dem „Florianiprinzip“ wird freilich nicht reichen, von den vielen Sonntagsreden allein kommt keine „grüne“ Energie. Es wird raschere Genehmigungen für Wasser-kraftwerke, für Solar- und Windanlagen brau-chen. Bei letzteren müssen freilich strenge Maßstäbe angelegt werden, was Ökologie, Bodenfraß und Landschaftsbild anbelangt.



Seit Ausbruch der Corona-Krise scheint Geld irgendwie abgeschafft. Private und Wirtschaft, sie alle rufen nach staatlicher Unterstützung und diese sprudelt auch in vorher unvorstellba-rem Ausmaß. Zunächst über 40 Mrd. Euro zur Abfederung der Pandemie-Einschränkungen und Lockdowns, jetzt bereits fixierte Hilfen im Ausmaß von annähernd 50 Mrd. Euro wegen der Teuerungswelle und Energiekrise. Der wei-ter wachsende Schuldenberg ist keine politi-sche Geschichte, denn die steigenden Zinsen geben bereits einen Vorgeschmack, was da auf uns alle noch an Rückzahlungskosten zu-kommen wird, so es irgendwann wieder ans Schuldenabtragen gehen wird. Karl-Heinz Eigentler

Der Konflikt mit der Europäischen Union

Tirol und Brüssel – das gleicht seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (EU) 1995 – einer schwierigen Zweier-Beziehung. Und das, obwohl die Tiroler:innen im Herzen des Kontinents eigentlich leidenschaftliche Europäer:innen sind.

Womit hängen die gegenseitigen Reibungsflächen zusammen?

Dem ehemaligen EU-Agrarkommissar Franz Fischler ist es in seiner zehnjährigen Amtszeit in Brüssel nur bedingt gelungen, die Vorbehalte abzubauen. Wahrscheinlich spielt dabei die Geografie mit den alpinen Gegebenheiten eine entscheidende Rolle. Tirol liegt an der Schnittstelle zwischen Nord und Süd, der Brennerpass ist das verbindende Element und zugleich Transitachse. Deshalb musste Tirol für den EU-Beitritt in der Verkehrsfrage den Transitvertrag opfern, dieser Vertrag wurde noch dazu um ein Jahr reduziert.

Der Transitverkehr hat in den vergangenen 27 Jahren allerdings dramatisch zugenommen, rund 2,5 Millionen LKW-Fahrten (aktuell steigend) werden mittlerweile über den Brenner gezählt. Irgendwie gibt es kein Einlenken, für Brüssel bleibt Tirol ein Durchzugsgebiet. Die Warenverkehrsfreiheit schlägt nach wie vor das Grundrecht auf Gesundheit, saubere Luft und weniger Lärm. Trotzdem behauptet die EU, Tirol ist im Naturschutz nachlässig und würde zu wenig für den Schutz der natürlichen Lebensräume von gefährdeten und wildwachsenden heimischen Pflanzen und wildlebenden heimischen Tierarten tun. Wie passt denn das zusammen?

Während Maßnahmen gegen den Transitverkehr wie LKW-Fahrverbote um die Menschen und die Umwelt zu schützen für die EU viel zu viel sind, reichen die Schutzgebiete plötzlich nicht mehr aus. Der Vergleich mit anderen Ländern macht die Tiroler:innen jedoch sicher, dass sie in einem Land leben, indem es noch über sehr weite Strecken intakte Natur- und Kulturlandschaften gibt. Da fährt Brüssel einfach wieder mit einem Vertragsverletzungsverfahren sprichwörtlich über Tirol hinweg.

Ähnlich verhält es sich mit der Kapital- und der Personenverkehrsfreiheit. Die Nähe zu Deutschland, eine beliebtes Paradies für Niederländer:innen oder generell für Bürger:innen

aus anderen EU-Staaten zu sein, muss sich das Land Tirol seit Jahrzehnten vor dem Ausverkauf schützen. Freilich gibt es die Profiteur:innen und Verkäufer:innen im eigenen Land, was auch nicht verschwiegen werden soll. Die strengen Regelungen werden beim Kauf von Grund, Boden und Erwerb von Immobilien umgangen, die Grundpreise schnellen dadurch in die Höhe und Tirol ist für einheimische Jungfamilien nicht mehr leistbar. Das EU-Recht limitiert jenen Rahmen, der notwendig ist, um eine sozial gerechte Bodenpolitik im Land zu gewährleisten.



Wie sieht es bei den großen Beutegreifern aus?

Problemwölfe und Bären gefährden die traditionelle Almwirtschaft in Tirol, die es so in anderen alpinen Regionen der EU gar nicht mehr gibt. Sie ist ein zentraler Bestandteil unserer Landwirtschaft und die bewirtschafteten bzw. gepflegten Almen sind ein Aushängeschild des Qualitätstourismus von Tirol. Am Schutzstatus des Wolfes und der Bären darf zulasten der Alm- und Schafbauern nicht gerüttelt werden. Schlussendlich geht es zwischen Tirol und der EU um einen Konflikt zwischen Klein und Groß sowie um den überbordenden Regelmechanismus der EU. Für viele Probleme und Herausforderungen in Tirol ist Brüssel zu weit weg. Die Entscheidungen fallen meist über die Köpfe der betroffenen Regionen hinweg. Deshalb bleibt die EU vielen glühenden Europäer:innen weiterhin fern und die Subsidiarität ist eines der verlogenen politischen Bekenntnisse.

Würde man sich am gesellschaftlichen Prinzip orientieren, wonach übergeordnete gesellschaftliche Einheiten nur solche Aufgaben an sich ziehen dürfen, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten nicht in der Lage sind, würde vieles einfacher und die Europa-Skepsis viel geringer sein. Karl-Heinz Eigentler

Besuch der Gewerkschaft in Zypern



Der Delegierte des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) Alfred Gajdosik und der FCG vida Bundesgeschäftsführer Friedrich Pörtl besuchten im Rahmen des EU-Projektes Tourismus 4.0 die Gewerkschaft SEK in Paphos auf der Insel Zypern.

Mr. Petros Demosthenous, District Sekretär für die Region Paphos, führte die Gespräche auf zyprischer Seite mit seinen Kollegen Marios Philippides und Nikos Nikolaou. Man tauschte sich über die Themen: Arbeitsmarkt nach der COVID-Pandemie, Klimakrise und der Krieg in der Ukraine aus. Großes Interesse erweckte die Österreichische Sozialpartnerschaft, die es nur in den europäischen Ländern Österreich, Luxemburg und Deutschland gibt. Interessantes Detail am Rande: Zypern hat einen gesetzlichen Mindestlohn von 1040,00 Euro und seit Jahren keine KALTE PROGRESSION; somit wird automatisch die Lohnsteuer um die jeweilige Inflationsrate verringert.

Es wurden weitere Gespräche im Rahmen des EU-Tourismusausschusses vereinbart.

Alfred Gajdosik



Vertreter:innen der FCG vida nahmen am Festakt zum 100-jährigen Jubiläum der luxemburgischen Gewerkschaft LCGB in Luxemburg teil. Daneben gab es neben vielen gewerkschaftlichen Gesprächen auch Betriebsbesuche, unter anderem im Stahlwerk ArcelorMittal.



100-jähriges Jubiläum der luxemburgischen Gewerkschaft



Erste Ehrenpionierin

Am Bundestag der FCG Pensionist:innen am 18. Oktober 2022 wurde Kollegin Rosa Roller als erste Ehrenpionierin geehrt, war sie doch die erste FCG Funktionärin bei den Hausangestellten und Hausgehilfinnen.



Betriebsversammlung bei den Innsbrucker Verkehrsbetrieben

Am 25. Oktober 2022 fand eine Betriebsversammlung statt. Herr Robert Hoffmann vom Verhandlungsteam Eisenbahn informierte die Mitarbeiter:innen über den Stand der KV Verhandlungen und Herr Herbert Frank, Vorsitzender der FCG vida Tirol, sprach über den aktuellen Personalmangel im Eisenbahnbereich und ebenso über die derzeit herrschende Teuerung.

Wiltrud Deutschmann, FCG vida Landesvorsitzende in Tirol



Betriebsrats-Saufischen

„Insgesamt 23 Teilnehmer:innen waren beim Wettfischen (Saufischen) von der Betriebsratskörperschaft der Arbeiter und Angestellten der Brantner Österreich GmbH dabei und durften sich über tolle Preise wie ein ganzes, zerlegtes Schwein und Interspar Gutscheine im Wert von je 50 Euro freuen“, verkündete Betriebsratsausschussvorsitzender KR Thomas Svejda.

Am 22. Oktober 2022 fand das Saufischen am Eisteich in Traismauer statt. Um 8:00 Uhr be-

gann die Auslosung der Plätze fürs Fischen. Um 09:00 Uhr gab BRV KR Thomas Svejda das Signal zur Freigabe des Wettkampfes. Bis um 16:00 Uhr wurde um jedes Kilo Fisch gekämpft, aber kein Fisch wurde getötet, sondern mit Schonhaken gefangen, abgewogen und nach dem Wettkampf wieder freigelassen.

Als Sieger ging unser Kollege Mario Moser hervor, mit einem Gewicht an Fischen von 16,4 kg. Den größten Fisch fing Michael Susicky mit einem Gewicht von 9,30 kg. Es war wieder eine gelungene Veranstaltung des Betriebsrat-Teams. Der größten Dank gebührt dem Organisator BR Jürgen Schübl.

Außerdem gratulieren wir allen Teilnehmer:innen und Gewinner:innen des Wettbewerbs mit einem PETRI HEIL! Thomas Svejda



Lohnverhandlungen



Betriebsratsvorsitzende Sonja Hör verhandelt mit der Geschäftsführung des NÖ Hilfswerkes für bessere Löhne.

Präsidiumssitzung



Die FCG vida Präsidiumssitzung am 29.09.2022 fand im Ristorante Vabene statt. Der Ort wurde bewusst gewählt, da das Präsidium noch einmal Fritz Pörtl zu seinem runden Geburtstag, den er im Juni gefeiert hat, gratulierte. Der Jubilar freute sich sehr über die persönlichen Geschenke, die ihm von seinen Kolleg:innen überreicht wurden.



Verheißung

Menschen, die aus der Hoffnung leben, sehen weiter.
Menschen, die aus der Liebe leben, sehen tiefer.
Menschen, die aus dem Glauben leben, sehen alles in einem anderen Licht.
„Stern“ heißt:
Steh auf, brich auf in deinem Dunkel.
Komm!

Elmar Gruber, 1931-2011

Christliche Soziallehre - Das Wunder Erde



Bild von Alfons Schüller auf Pixabay

„Nichts auf der Welt ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“ Dieser geniale Satz des französischen Dichters Victor Hugo trifft sehr genau das, worum es geht. In Österreich gilt Josef Riegler, Vizekanzler a. D., als Begründer einer ökosozialen Marktwirtschaft, die eine dritte große Verhaltensänderung der Menschheit fordert, um das Wunder Erde auch für zukünftige Generationen zu erhalten.

- Die erste „Verhaltensrevolution“ machte vor ca. 10.000 Jahren den Menschen vom Jäger und Nomaden zum Sesshaften, der somit zum **nachhaltigen Umgang** mit seinem Stück Land gezwungen war. Aus Ackerbau, Viehzucht und durch Arbeitsteilung entwickelten sich erste Hochkulturen. Durch diese nachhaltige – an den Ertrag der Äcker gebundene – Wirtschaftsform war auch die Zahl der Menschen durch Jahrtausende eng begrenzt.

- Die zweite Verhaltensrevolution begann vor rund 250 Jahren und führte zur **industriellen Revolution**, wo der Abbau von Rohstoffen und Energie sowie eine gigantische technische Entwicklung für einen ungeahnten Höhenflug der Menschheit sorgten. Die volle Wucht dieser Entwicklung erlebten wir im 20. Jahrhundert. Sie ist gekennzeichnet durch ein exponentielles Wachstum, d.h., alle Wachstumskurven weisen immer steiler nach oben: die Zahl der Menschen verdoppelte sich in immer kürzeren Abständen, ebenso die Menge an ab-

gebauten Erzen, Mineralsalzen und fossilen Energieträgern. Zugleich belasten wir die Atmosphäre, die Böden und das Wasser mit den Abfallprodukten unserer Industriegesellschaft.

- Es ist daher ein Wettlauf mit der Zeit, wann und wie die dritte Verhaltensrevolution, der **Umstieg auf eine dauerhaft verträgliche Wirtschafts- und Lebensform** gelingt. Der ständige Anstieg des CO₂-Gehalts der Atmosphäre – allen Abkommen zum Trotz – die damit zusammenhängende Erderwärmung (Treibhauseffekt), die Zerstörung der schützenden Ozonschicht, gar nicht zu reden von hochgiftigen Substanzen und insbesondere von der tickenden Zeitbombe der radioaktiven Abfälle aus Rüstung und Atomenergie, können organisches Leben auf zehntausende Jahre akut gefährden. Es geht daher im wahrsten Sinn des Wortes ums Überleben. Entweder die Menschheit korrigiert ihr gesamtes Verhalten in Richtung eines neuen Kreislaufprinzips im Sinne der Nachhaltigkeit, oder wir rauben uns und nachfolgenden Generationen die Lebensgrundlage.

„Der Umweltschutz stellt eine Herausforderung für die gesamte Menschheit dar: Es handelt sich um die gemeinsame und allumfassende Pflicht, ein gemeinschaftliches Gut zu achten.“ (*Centesimus annus*, 40)

aus: Christliche Soziallehre (nach dem Cardijn-Dreischritt: sehen-urteilen-handeln), Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

**Gesegnete Weihnachten und
ein gutes Jahr 2023,
verbunden mit einem Danke
für die gewerkschaftliche
Arbeit im abgelaufenen Jahr!**

KR Christian Gruber

Bundesvorsitzender der FCG vida

KR Friedrich Pörtl

Geschäftsführer der FCG vida

Selina Schovanez

Büroassistentin FCG vida

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verlag:

Verband Christlicher Arbeitnehmer in Verkehr, Touristik und Persönlicher Dienst
Hersteller: FCG vida / Alle: 1020 Wien, Redaktion: Friedrich Pörtl ZVR 605463055

Offenlegung der Besitzverhältnisse gemäß Mediengesetz § 25(2)

FCG/vida-Bundesvorstand: Norbert Bauer, Wiltrud Deutschmann,
Karl-Heinz Eigentler, Thomas Faulhuber, Manfred Frcena, Andreas Gollner,
Christian Gruber, Sonja Hör, Linda Lindinger, Robert Lindner-Zetfl, Amela Masic,
Karl Merstik, Johann Perkhofer, Friedrich Pörtl, Walter Semlitsch, Manfred Strasser,
Edith Stimpfl, Thomas Svejda, Brigitte Wimmer. Blattlinie nach § 25 (4): Vertretung der Interessen
der österreichischen Arbeitnehmer:innen entsprechend den Grundsätzen und Zielen des FCG-
Grundsatzprogrammes